STADT FRANZBURG VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 6 "WOHN- / GESCHÄFTSHAUS UND THERAPIEHALLE" FÜR DIE FLURSTÜCKE 341, 348/1 und 421/1 Es gilt das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBI. I S. 1509) sowie die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch TEIL A: PLANZEICHNUNG Art. 3 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BGBI. I S. 466). 374 <u>346</u> 339 Wohn- / Geschäftshaus nit tiertherapeutischen Einrichtungen GRZ 0,3 GH 28 müHN PLANZEICHENERKLÄRUNG Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bauweise, Baulinien, Baugrenzen Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen. (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO) Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Baugrenze (§ 9 Abs.1 Nr.25b, Abs.6 u. § 41 Abs.2 u. § 213 BauGB) Füllschema der Nutzungsschablone Wohn- / Geschäftshaus Sonstige Planzeichen mit tiertherapeutischen Art der baulichen Nutzung Einrichtungen Grenze des räumlichen Geltungsbereiches GRZ 0,3 Grundflächenzahl Bauweise des Bebauungsplanes (§ 9 Abs.7 BauGB)

max. zulässige Gebäudehöhe GH 28 müHN

Verkehrsflächen

(§ 9 Abs.1 Nr.11 und Abs.6 BauGB)

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Erhaltung: Bäume

Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs.1 Nr.20 und Abs.6 BauGB)

Darstellungen ohne Normcharakter

Vorhandene Gebäude

Künftig wegfallende Gebäude

Flurstücksbezeichnung

Vorhandene Flurstücksgrenzen

Bestandsbäume

TEIL B: TEXT

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 BauGB und § 1 (6) BauNVO

Im Geltungsbereich ist ein Wohn- und Geschäftshaus mit tiertherapeutischen Einrichtungen zulässig. Im Einzelnen sind dies:

- Gebäude und Räume für die Tiertherapie
- Weitere nicht störende gewerbliche Nutzungen
- Wohnen.

2. Zulässigkeit von Vorhaben § 12 (3a) i.V.m. § 9 (2) BauGB

Im Plangebiet sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger in einem Durchführungsvertrag verpflichtet.

II. Grünordnerische Festsetzungen

3. Bindung für Bepflanzung: Erhalt von Bäumen § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

Im Plangebiet ist ein vorhandener Großbaum zum Erhalt festgesetzt. Zu dessen Schutz ist eine ausreichend große Baumscheibe (mindestens 6 qm) vorzusehen, die durch geeignete Maßnahmen vor Bebauung, Ablagerungen und Befahren mit Kfz zu schützen ist.

Innerhalb der Fläche für die Erhaltung von Bäumen sind alle Bäume dauerhaft zu erhalten. Lücken innerhalb der Baumreihe sind durch Pflanzung heimischer Bäume (Hochstamm, 3 x v., mit einem Stammumfang von 14-16 cm) und Sträucher (2 x verpflanzt, je nach Art 60/100 oder 100/150 in einem Pflanzabstand von 1,50 x 1,50 m, diagonal versetzt) zu schließen. Es sind Pflanzenarten der Pflanzenliste in der Begründung zum Bebauungsplan zu verwenden. Innerhalb der Fläche für die Erhaltung von Bäumen ist ein fußläufiger Durchgang in einer Breite von max. 1,5 m zum angrenzenden Flurstück 346/1 zulässig.

4. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB

Innerhalb der gekennzeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist ein dichter Strauchgürtel als Schutzstreifen zum gesetzlich geschützten Kleingewässer zu entwickeln. Es sind heimische, standortgerechte Sträucher (2 x verpflanzt, je nach Art 60/100 oder 100/150) in einem Pflanzabstand von 1,50 x 1,50 m, diagonal versetzt zu pflanzen. Sträucher gleicher Art werden in Gruppen (5-7 Ex.) gepflanzt. Es sind Pflanzenarten der Pflanzenliste in der Begründung zum Bebauungsplan zu

Vorzusehen sind zudem die Anlage von 2 Lesestein- und 1Totholzhaufen in der Größe von jeweils mindestens 1 qm Grundfläche. Die Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist von jeglicher Bebauung freizuhalten

III. Nachrichtliche Hinweise:

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 6 "Wohn-/Geschäftshaus und Therapiehalle" wurde in der Sitzung der Stadtvertretung am 16. August 2011 beschlossen. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Amtes Franzburg - Richtenberg vom 12. September 2011 erfolgt.
- 2. Auf Beschluss der Stadtvertretung vom 16. August 2011 wurde nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
- 3. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist mit dem Schreiben vom 17. Februar 2012 gemäß § 1 Abs. 4 BauGB beteiligt worden.
- 4. Die Stadtvertretung hat am 24. Januar 2012 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- 5. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Text Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 21. Februar 2012 bis zum 22. März 2012 während folgender Zeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen: Mo./Di./Mi. und Fr. von 8.30 Uhr - 12.00 Uhr, Do. von 7.30 Uhr- 12.00 Uhr sowie Mo. und Mi. von 13.00 Uhr - 14.30 Uhr, Di. 13.00 Uhr - 18.00 Uhr und Do, von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Amtes Franzburg - Richtenberg am 13. Februar 2012 ortsüblich bekanntgemacht worden.
- 6. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit dem Schreiben vom 17. Februar 2012 zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB aufgefordert worden.

7. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchgeführt

Stadt Franzburg, 26.06.2012

Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Liegenschaftskarte ALK im Maßstab 1:1.000 (aus dem ursprünglichen Maßstab 1:2.500 abgeleitet) vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Straisund, 30. 07 · 2012

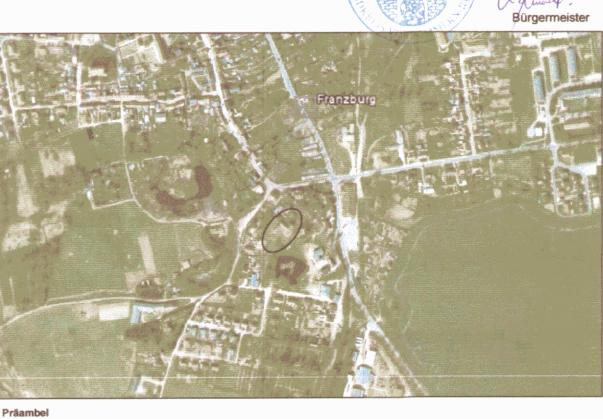
9. Die Stadtvertretung hat die Stellungnahmen der Behörden und der Öffentlichkeit am 26. Juni 2012 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

10. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Text Teil B) wurde am 26. Juni 2012 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom 26. Juni 2012 gebilligt.

11. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Text Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

12. Der Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Amtes Franzburg - Richtenberg am 13.08.2014 ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf die Fälligkeit und Erlöschen von

Stadt Franzburg, 14.08.12



Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der zur Zeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 26. Juni 2012 folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.6 der Stadt Franzburg "Wohn- / Geschäftshaus und Therapiehalle" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

STADT FRANZBURG VORHABEN-BEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 6

"WOHN- / GESCHÄFTSHAUS UND THERAPIEHALLE"

PROJEKTBEARBEITER: PROJEKT-NR.: STEPANY SATZUNG 560851 PLANERGRUPPE STADTPLANER I ARCHITEKTEN I LANDSCHAFTSARCHITEKTEN www.ac-planergruppe.de Itzehoe I Rostock

post@ac-planergruppe.de